A2

Antrag

Initiator*innen: AK Digitales und Gesellschaft (dort beschlossen am: 22.01.2024)

Titel: **Mehr Unterstützungsangebote für kommunale Politiker:innen - Gegen Hass und Hetze**

Antragstext

Die Stadtversammlung fordert die Stadtratsfraktion 'Die Grünen – Rosa Liste' auf, sich im Stadtrat einzubringen, um zielgruppenspezifischere Angebote für den Schutz der kommunalen Politiker:innen gegen Hass und Hetze zu etablieren. Zielsetzung der zielgruppenspezifischen

Unterstützungsangebote soll sein:

a. Gewährleistung einer effektiven und zeitnahen Reaktion auf Notfälle wie z.B. Hass-Angriffe auf Social Media.

b. Sicherstellung, dass die Kommunalpolitiker:innen schnell und angemessen auf derartige Krisen reagieren können.

c. Vernetzung mit kommunalen und externen Expert:innen, die in der Lage sind, schnell und effektiv auf diese Angriffe zu reagieren.

d. Hilfestellungen, um die Art und Tragweite des Angriffs, ggf. strafrechtlich relevante Inhalte und mögliche Gefährdungspotenziale zu erkennen und in der dem Angriff angemessenen Zeit den Kontakt zwischen den angegriffenen Kanditat:innen und den richtigen Expert:innen herzustellen.

e. Vernetzung mit Sicherheitsdiensten, Rechtsberater:innen.

f. Koordination mit lokalen Behörden und Notfallorganisationen.

Sichtbare und insbesondere online schnell auffindbare Informationen und Unterstützungsangebote werden durch begleitende Maßnahmen flankiert, etwa Trainings für Kommunalpolitiker:innen, wie sie rechten und/oder verleumderischen Inhalten auf Social Media sicher entgegentreten und ihre Kommunikationskanäle vor Angriffen schützen. Weitere Schulungsinhalte betreffen Krisenmanagement und -kommunikation sowie Sensibilisierung für mögliche Gefahren und Herausforderungen in der Kommunalpolitik.

Zudem fordern wir, vorbeugende Maßnahmen und Tipps auszuarbeiten und den Kommunalpolitiker:innen zur Verfügung zu stellen.

Begründung

Die aktuelle gesellschaftliche Lage zeigt deutlich auf, dass unsere Demokratie und alle, die für sie einstehen, immer mehr unter Druck geraten. Rechte Netzwerke werden auch in Zukunft massiv gegen einen demokratischen Wahlkampf und unsere Kandidat:innen online und vor Ort vorgehen. Auch andere Parteien werden zunehmend häufiger bedroht. Darauf müssen wir uns vorbereiten und unsere sowie alle demokratischen Kandidat:innen unterstützen. Daher fordern wir zielgruppenspezifischere Angebote für den Schutz der kommunalen Politiker:innen gegen Hass und Hetze. Denn nur, wenn wir unsere Vielfalt in unserer und anderer demokratischen Parteien schon vor dem ersten Mandat schützen, sind wir in der Lage, unsere Demokratie zu verteidigen. Es muss für die Menschen, die für unsere Demokratie antreten, selbstverständlich sein, dass sie die Möglichkeit haben, sich, ihre Wohnung und ihre Familienangehörigen vor Angriffen zu schützen.

Unterstützung von politisch Aktiven bei einer effektiven Krisenbewältigung stärkt das Vertrauen der Wähler:innen in die Demokratie und auch unsere Grünen Kandidat:innen während des Wahlkampfs.

Unterstützer*innen

Sven-Torsten Gigler, Michaela Mayer, Irina Freihart, Florina Vilgertshofer, Georg Ashton, Anja Salomon, Harald Rank, Stephan Vorbrugg, Judith Greif, Anna Weyand, Susanne Herrmann, Gabriele Masch, Irmgard Pfaffinger, Doris Wagner, Carmen Gräfe, Inga Maidorn, Renate Spannig, Barbara Baums, Kathrin Düdder, Marion Lüttig, Sabrina Kirchmaier, Lena Schneck, Kai Tanimura, Susanne Grohs-v. Reichenbach, Gisela Kainz, Martin Züchner, Anja Callam, Frederik Ostermeier, Nimet Gökmenoglu, Lendita Musliji, Jutta Koller, Karolina Novinscak Kölker, Simon Klimek, Harald Schmitt, Gabriele Graswald-Vidovic, Zaim Sari